

## Höhere Gebühren lassen Landwirte leiden

### **Straßenreinigung: Politik will nachbessern - aber wie? / SPD: „Verhältnisse passen nicht“**

Obernkirchen (crs). Von 80 Cent pro Grundstücksmeter auf 2,80 Euro: Mit deutlich höheren Gebühren für die Straßenreinigung müssen die Anlieger von Obernkirchens Kreisstraßen seit vergangenem Jahr leben. Unter den neuen Regelungen haben vor allem die Landwirte in den Ortschaften zu leiden, deren Grundstücke meist an Kreisstraßen liegen. Seit letztem Jahr übernimmt die Stadt die Reinigung dieser Straßen - und verlangt dafür Gebühren. Weil das für die Landwirte mit ihren großen Grundstücken ein nur schwer zu schluckender Brocken ist, bemüht sich die Politik jetzt um Abhilfe.

Kaum ein Jahr ist die neue Satzung in Kraft, schon wird laut über Nachbesserungen nachgedacht. Das Ziel ist klar: Um eine gerechte Verteilung der Gebühren geht es allen politischen Kräften. Aber ganz unterschiedlich ist dabei der Ansatz: Während zwei Ratsmitglieder aus Gelldorf den Antrag gestellt haben, die Dorfstraße von den Änderungen auszunehmen, fordert die CDU, die Gebührenpflicht der Landwirte auf zehn Prozent des üblichen Beitrags zu beschränken. "Das ist nur einer der möglichen Ansätze für eine gerechtere Verteilung der Gebührenlast", betont Fraktionssprecherin Beate Krantz. Eine weitere Variante sei, den Turnus der Straßenreinigung herunterzufahren, oder eben alle Kreisstraßen wieder aus der Regelung rauszunehmen. Eine Tendenz zeichnet sich noch nicht ab: Zurzeit werden die Vorschläge in den Fraktionen beraten.

Dringenden Handlungsbedarf sieht auch die SPD-Fraktion. "Die Landwirte werden über Gebühr belastet, da passen die Verhältnisse einfach nicht", sagt Fraktionschef Wilhelm Mevert.

Vor einer Änderung der Satzung mahnt er aber zur Besonnenheit: Eine sichere Rechtsgrundlage sei erforderlich, um eine für alle tragbare Lösung zu bekommen. "Wir brauchen einfach mehr Informationen, wie in anderen Kommunen mit ähnlichen Problemen verfahren wird", fordert er eine offizielle Rechtsauskunft. Eines ist allen Beteiligten klar: "Wir wissen um die Probleme der Landwirte - da muss was geschehen."